

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsredaktion
Lageblatt Rieser
Friedrichstr. 22
Postfach Nr. 22

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptamts Meißner behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfach Nr. 22
Dresden 1820
Verlag
Rieser Nr. 22

Nr. 110.

Freitag, 11. Mai 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Börsen- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Nutzen für die Nummer des Ausgabejahres sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschreib-Pelle (6 Seiten) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restausgabe 100 Gold-Pfennige; je nach Umfang und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilliger Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Kündigungsunterhaltungsbeiträge: Empfänger an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Besetzers oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Bangert & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Postfach Nr. 22. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Die abgefallene Bauernrevolution.

Immer noch liegt ein gewisses Dunkel über den Vorgängen der letzten Tage in Rumänien. Die alte Erfahrung, daß groß angekündigte Revolutionen nicht zum Ziele führen, hat sich wieder einmal bewährt. Die Gegenmaßnahmen der Regierung, die auf eine gewisse Vermüdung der Angriffslust hingielen, haben sich wirksam erwiesen, weil die Führerschaft der Bauernbewegung es an klaren Entschlüssen fehlte. Nach den in Karlsburg und in anderen Städten gehaltenen Versammlungen und den sehr scharfen Entschuldigungen sowie nach den zuerst verbreiteten Meldungen mußte die Öffentlichkeit den Eindruck gewinnen, als ob die ganze geschlossene Masse auf Bukarest rückte, während gleichzeitig die Führer der Regierung ihre Forderungen hielten. Jetzt wird bekannt, daß Maniu noch immer keine Audienz beim Regenschatzrat verlangt hat. Ordnungsmäßig und geküht, ganz ohne revolutionäre Diktatoriengehe hat der Generalsekretär der Partei in der Kabinetskanzlei des Regenschatzrates die Beschlüsse von Karlsburg überreicht, während der Zentralausschuß der Partei den Beschluß gefaßt hat, den Kampf zum Sturz der Regierung fortzusetzen.

Wenn die Führer der Bauernbewegung tatsächlich nichts anderes als eine politische Massendemonstration versucht haben, um der Regierung durch den augenfälligen Aufmarsch der Kräfte eine letzte Warnung zuteil werden zu lassen und dann unter dem Eindruck dieser Demonstration auf dem Verhandlungsweg ihr Ziel der Machtübernahme oder vielmehr sogar der Machtteilhabe zu erlangen, so muß festgestellt werden, daß die Regie dieses Unternehmens verfehlt gewesen ist. Der Parteiführer Mihalescu hat unter dem klammern Beifall der Rienserverammlung erklärt, das wirkliche Mittel sei entschlossen, für die Verwirklichung der Freiheit mit allen Mitteln zu kämpfen und sogar sein Blut für dieses Ziel zu vergießen. Er forderte die Vertreibung der liberalen Regierung. Die Entschlossenheit des Kongresses erklärte die Regierung für den Feind des Vaterlandes und der Nation und beanspruchte in letzter Instanz die Vertreibung zu bedingen. Dieser wiederholte und feierliche Hinweis auf die Rechtmäßigkeit eines Kampfes mit allen Mitteln und unter Einsatz von Blut und Leben mußte als ein Entschluß zur revolutionären Tat aufgefaßt werden. Es hat aber nun den Anschein, als ob zwischen den Parteiführern selbst keine Einigkeit über das Ziel des Kampfes bestanden hat. Maniu ist, wie alle Schilderungen seines Charakters betonen, nicht eine revolutionäre Natur. Er ist aber doch ein so kluger Politiker, daß er das Mißverhältnis zwischen den Vorbereitungen und ihrem Erfolg sowie die schädliche Wirkung einer solchen allmählich und langsam sich im Lande verlaufenden Aktion nicht hätte übersehen können. Wenn man nur eine machtvolle Demonstration als Hintergrund politischer Verhandlungen hätte veranstalten wollen, so hätte man sich in den Versammlungen und Entschlüssen mäßigen müssen und die rein legale Arbeit von vornherein deutlich zum Ausdruck bringen müssen. Die nachträglichen Erklärungen Manius, nachdem die Bauern schon zum Teil auseinandergeklauten waren, mußten den Eindruck erwecken, als habe die Führerschaft nachträglich auf die Durchführung ihres abschließlichen Planes verzichtet müssen. Diese stimmungsmäßig sich geltend machende Auflassung der Lage ist natürlich in keiner Weise geeignet, etwaigen Forderungen und neuen Verhandlungen mit der Regierung Nachdruck zu verschaffen. Ohne die große Demonstration, lediglich unter Hinweis auf die Möglichkeit einer solchen Kundgebung und auf ihre etwaigen Folgen hätte die Partei sicherlich mehr erreicht. Es läßt sich noch nicht übersehen, inwiefern die Bauernschaft selbst durch diesen Ausgang der Bewegung enttäuscht und in ihrem Angriffswillen geschwächt ist. Es ist wohl zu erwarten, daß nunmehr eine gewisse Atempause in der Entwicklung eintritt.

Die Bukarester Regierung wird sich selbst darüber klar sein, daß sie durch ihren augenblicklichen Erfolg keine entscheidende Wendung hat herbeiführen können. Bestehen bleibt die Tatsache, daß eine verhältnismäßig kleine Widerstandskräfte, die den Staatsapparat in der Hand hat, sich diese Staatsmacht mit Weisheit verschafft hat, die zu den wahren Anschauungen und Wünschen des Volkes im Widerspruch steht. Nicht die Gruppe von Politikern, Rechtsanwältinnen und Bankiers, die das Gerüst der sogenannten liberalen in Wirklichkeit durchaus autoritären Partei bildet, verkörpert das rumänische Volk. Es ist bekannt, daß die häßliche Oberhoheit in Bukarest in keiner Weise als maßgebend für Wesen und Wert des Rumänentums angesehen werden kann. Der Bauer, der im Lande aufkand, verkörpert in seinem Willen wirklich eine politische Idee, die nationale Demokratie, die nach einem reinen und unverfälschten Ausdruck sucht. Sauerheit der Verwaltung, Freiheitlichkeit des politischen Lebens, Dualität auch gegen die nationalen Widerstände wie gegen jede ehrliche Überzeugung, gerechte Verteilung der wirtschaftlichen Lasten, das sind die Ziele, die von der nationalen Bauernpartei ideenmäßig vertreten werden. Es besteht auch kein Zweifel daran, daß diese Ziele von der überwiegenden Mehrheit des rumänischen Volkes erstrebt werden und daß das gegenwärtige Polizeiregiment, das mit Jenseit und Gefinnungsdruck herrscht, allen guten Rumänen zuwider ist. Zwischen idealer Zielsetzung und Wirklichkeit pflegt aber meist ein weiter Raum zu liegen. Die Persönlichkeit Manius, seine politische Vergangenheit, die weit in die Zeit der ungarischen Herrschaft über Stebenbürgen hinein reicht, bürgen ebenso wie seine Nationalgesinnung für die Dauerhaftigkeit seines Willens. Ob er aber Kraft und Fähigkeit besitzt, seine Ideen wirklich durchzusetzen, das ist eine Frage, die ersthaft auch dort aufgeworfen wird, wo man seiner Bewegung an sich durchaus sympathisch gegenübersteht. Die nationalen Widerstände, unter ihnen beson-

China fordert Eingreifen des Völkerbundes.

Die Nanjing-Regierung appelliert an den Völkerbund.

Genf. (Funkdruck.) Der Präsident der Regierung von Nanjing, Tan Henka, hat unter dem sehrigen Datum an den Generalsekretär des Völkerbundes ein Telegramm gerichtet, in dem er „Im Namen der nationalchinesischen Regierung der chinesischen Republik“ auf den Ernst der durch die Entsendung japanischer Truppen nach der Provinz Schantung entstandenen Lage, sowie auf den Umstand aufmerksam macht, daß die territoriale Integrität und die politische Unabhängigkeit Chinas brutal verletzt wurde und daß der Friede unter den Völkern durch die von Japan unternommene Angriffshandlung bedroht ist. In dem Telegramm wird unter Berufung auf Artikel 2 des Artikels 11 des Völkerbundespaktes um dringliche Einberufung des Völkerbundes ersucht und mit Nachdruck verlangt, „daß der Völkerbund Japan zur Einstellung der feindseligen japanischer Truppen und zu ihrer sofortigen Zurückziehung aus Schantung auffordert“. Das Telegramm wurde vom Generalsekretär des Völkerbundes sofort an alle Mitgliedsstaaten weitergeleitet.

(London, 11. Mai. „Daily Telegraph“ berichtet aus Peking: „Es verlangt, daß die Japaner die ausländischen Mächte ersuchen, die Bildung einer sich etwa 7 Meilen von Tientsin herum erstreckenden Zone zusammenkommen. Die Amerikaner erheben jedoch Einwände. Auch alle anderen in Betracht kommenden Gesundheitsfragen sind wegen dieses Beschlusses besorgt. Die Wirkung der Schaffung einer derartigen Zone auf die militärischen Operationen zwischen Nord und Süd würde insofern von Bedeutung sein, als sie die Operationen der Südruppen gegen Norden vollkommen blockieren würde.“

Die Räumung Tsinanfu durch die südm chinesischen Truppen.

Tokio. (Funkdruck.) Eine Meldung aus Tsinanfu besagt, daß die japanischen Truppen die Süd- und West-Ecke der Stadt manieren in die Luft gesprengt haben, um den noch innerhalb der Stadt verbliebenen südm chinesischen nationalchinesischen Streitkräften, die einen energischen Widerstand leisteten, ein Festsetzen an die Umwallungen unmöglich zu machen. Die chinesischen Truppen wurden dann in das Innere der Stadt gedrängt, übertritten den Gelben Fluß und rückten in nördlicher Richtung.

Rückzug der nordchinesischen Truppen.

London. (Funkdruck.) Morningpost berichtet aus Tientsin, daß der Waffenstillstandspolizist Tchangatolins seinen baldigen Rückzug von Peking anfanglich und daß die nördlichen Streitkräfte den Rückzug nach Tschili vorbereiten. Aus Peking wird gemeldet, daß sich die Nordtruppen auf allen Fronten in Richtung Kalgan zurückziehen.

ders die Stebenbürgen Sachsen, haben gut daran getan, sich in dieser innerumänischen Angelegenheit eine möglichst große Zurückhaltung aufzulegen zu haben und der Entwicklung mit Vorsicht und Kaltblütigkeit zuzusehen. Auch die deutsche Minderheit in Rumänien hat nur ein Ziel und einen Wunsch, geordnete politische und wirtschaftliche Verhältnisse im neuen Vaterlande verwirklicht zu sehen und als lokale Bevölkerung Achtung für jede nationale Sonderart zu finden. Wenn sie sich auch der Bauernbewegung gegenüber Zurückhaltung aufzulegen, so besteht auf der anderen Seite gerade keine besonders herabsetzende Haltung an der seit Kriegsende fast ununterbrochen herrschenden Machtgruppe, die von der freibeig erteilten Versprechungen bisher recht wenig gehalten hat.

Senation in Kolmar.

Der Generalkstaatsanwalt empfiehlt Abkürzung des Verfahrens.

Kolmar. (Telunion.) Die Donnerstag-Vormittagssitzung des Kolmarer Prozesses begann mit einer Senation. Zur ersten Überberührung des Saales erhebt sich gleich zu Beginn der Verhandlungen der Generalkstaatsanwalt zu einer längeren Rede, in der er den Nachweis zu erbringen sucht, daß eine Weiterführung des Prozesses in der gegenwärtigen Weise einen Abbruch vor dem Herbst nicht möglich erscheinen lasse, da von den 16 Angeklagten 13 noch nicht von den 300 Zeugen erst einer gehört sei. Man habe viel davon gesprochen, daß dieser Prozeß am 1. Juni mit einem Teatroucou abschließen würde. Er vertritt, daß nach der Natur der Vorlage diese Sache bis zu ihrem endgültigen Ende durchgeführt werden würde. Er wisse, daß er die Beweise für seine Vorlage erbringen müsse und er werde sie erbringen. Gerade die Zeugen der Verteidigung würden die besten Helfer der Vorlage sein. Der Generalkstaatsanwalt weist dann darauf hin, daß zur Ab-

Zur Entsendung japanischer Verstärkung nach Schantung.

(Berlin. Die hiesige japanische Botschaft stellt die folgende Erklärung der japanischen Regierung über die Entsendung neuer Truppen nach Schantung zur Verfügung: Als die Wirren in China kürzlich nach Tsinanfu überzugreifen drohten, entsandte die japanische Regierung Truppen zum Schutze der dort ansässigen Japaner und nahm Gelegenheit, ihre Stellung zu diesem unermesslichen Vorgehen darzulegen. Es muß jetzt darauf hingewiesen werden, daß seit dem Ausbrechen der besagten Zwischenfälle in Tsinan sich die dortige Lage derart verschärft hat, daß die bisherige Stärke der dort befindlichen japanischen Truppen zum Schutze der japanischen Staatsangehörigen nicht ausreicht. Außerdem ist die Schantungbahn, die von Tsinan nach Tsinanfu führt, an verschiedenen Stellen zerstört worden, wodurch es bei dem jetzigen Stand der Dinge unmöglich gemacht wurde, den Verkehr auf diesem Wege zu sichern. Unter diesen Umständen ist beschlossen worden, die dritte Division nach Schantung zu entsenden mit dem Auftrage, den notwendigen Schutze der japanischen Staatsangehörigen zu gewährleisten und den Verkehr auf der Schantungbahn zu sichern. Da die jetzige Entsendung von Verstärkungen demnach den Schutze der japanischen Staatsangehörigen in Schantung und die zu diesem Zweck wesentliche Sicherung des Verkehrs auf der Schantungbahn zum Ziele hat, so ist ihr Zweck in keiner Weise verschieden von dem der ersten Truppenentsendung.

Gleichzeitig mit der Entsendung der dritten Division wurde beschlossen, fünf weitere Kompanien aus dem eigentlichen Japan nach Tientsin zu schicken. Ursprünglich sollten sie als planmäßige Ausbildung für die japanische Garnison in China im Juni entsandt werden. Der Abtransport ist jedoch schon jetzt erfolgt angesichts des Umstandes, daß ein Teil der Garnison kürzlich aus besonderen Gründen nach Tsinan verlegt werden mußte. Es wurde auch beschlossen, eine Anzahl weiterer Kreuzer und Torpedoboots-zerstörer nach dem Kanale und nach Südkorea auslaufen zu lassen, damit sie die dortigen Japaner schützen können, falls in Südkorea aus etwaigen Mißverständnissen wegen des Tsinanfu-Zwischenfalls unvorhergesehene Ereignisse eintreten. Die letzte Entsendung neuer Truppen und Kriegsschiffe dient keinem anderen Zweck als dem Schutze des Lebens und Eigentums der dortigen Japaner gegen unzulässige Zwischenfälle wie sie möglicherweise im Zusammenhang mit der Tsinanfu-Angelegenheit entstehen könnten, und es braucht kaum hinzugefügt zu werden, daß sie selbst als Maßnahme nach dem Befehl der Notwendigkeit ihrer weiteren Beibehaltung zurückgezogen werden.

Die Deutschen in Tsinanfu.

(Berlin. Das deutsche Konsulat in Tsinanfu droht: Eine größere Anzahl Ausländer ist mit einem internationalen Dillkauf von Tsinanfu kommend hier eingetroffen. Die deutschen Reichsangehörigen sind in Tsinanfu geblieben. Außer der Wänderung der Vorderräume des Hotels Stein sind Deutsche von Zwischenfällen nicht betroffen worden.

fürzung dieses Prozeßverfahrens die beiden Parteien entweder auf alle Zeugen verzichten oder eine Verkürzung der Zahl der Zeugen auf eine gleiche Zahl vorzunehmen könnten, und stellt anheim, nunmehr eine endgültige Entscheidung über die Weiterführung des Prozesses zu treffen.

Die Verteidigung beantragt sofort Unterbrechung der Verhandlungen, um eine Stellungnahme der Angeklagten und der Verteidigung zu den Vorschlägen des Generalkstaatsanwaltes herbeizuführen.

Der Reichsrat

solte sich in seiner gestrigen Sitzung unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Zweigert mit der Ueberfahrt über die Aufwendungen beschäftigen, die den Gemeinden für die Vorbereitung und Durchführung der Reichstagswahl am 20. Mai 1928 vom Reich zu erhalten sind. Da sich in der Ausschussberatung ein Berechnungsfehler ergeben hatte, schlug der Vorsitzende vor, die Vorlage nochmals an den Ausschuss zurückzuverweisen. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte, in welcher von dem Ausschussberichterstatter Ministerialdirektor Bögl-Deffert (Sachsen), von dem Berliner Bürgermeister Scholz und anderen Landesvertretern auch die nochmalige Prüfung von Wänderungsmündigen der Länder im Ausschuss verlangt wurde und der Ministerialdirektor Ratenberg eine mögliche Beschleunigung der berechtigten Vorlage angefragt hatte, beschloß der Reichsrat die Zurückverweisung an den Ausschuss. Am nächsten Mittwoch soll die Vorlage abermals in der Plenarsitzung verhandelt werden.

Reichskanzler Dr. Marx in Thun.

Thun. (Funkdruck.) Reichskanzler Dr. Marx ist in Begleitung seiner Gattin, von Brissago kommend, im Hotel Baumgarten in Thun zu einem 8 tägigen Kuraufenthalt abgefahren.